

Referat/e: Stadtkämmerei	Haupt-/Abteilung(en), (Bereich): Kassen- und Steueramt, KaStA-L	Federführung: Stadtkämmerei
Arbeitstitel geplanter Beschluss: <i>Umsetzung der Datenschutzverordnung</i>		

1. Aufgabe**1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Die neue Datenschutzverordnung unterscheidet sehr stringent zwischen den Aufgaben der Datenschutzbeauftragten (Beratung, Überwachung und Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden) und der operativen Umsetzung des Datenschutzes, die der Verantwortung der Fachbereiche zugeordnet wird. Die inhaltliche Umsetzung der neuen Datenschutzgrundverordnung und seinen nationalen Begleitgesetzen ist gegenüber der bisherigen nationalen Gesetzeslage erheblich komplexer geworden und zudem mit spürbaren Sanktionsmöglichkeiten belegt.

Insbesondere sind folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Verantwortliche Umsetzung der DSGVO in der Behörde
- umsetzen der Informationspflichten nach DSGVO
- sicherstellen der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten durch geeignete und organisatorische Maßnahmen
- Auftragsdatenverarbeitung
- Datenschutz Folgenabschätzung und Risikobewertung
- Umsetzung von Betroffenenrechten
- bearbeiten von Auskunftsbegehlen und Anträgen auf Datenlöschung, erfüllen von Meldepflichten bei Datenschutzverletzungen
- Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten erstellen und pflegen
- Belehrungen und Verpflichtungen nach DS-GVO
- Mitteilung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörden und Betroffenen
- Löschung von nicht erforderlichen personenbezogenen Daten
- Außergerichtlicher und gerichtlicher Rechtsschutz in Datenschutzfragen (Beschwerde und Klageverfahren)

Ob zusätzlich Sachmittel, z.B. für externe Beratungsleistungen notwendig sind ist derzeit noch nicht absehbar.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Begründung:

Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und der nationalen Ausführungsgesetze im Bereich des Kassen- und Steueramtes ab 25.05.2018.

Im Kassen- und Steueramt wird der gesamte Zahlungsverkehr, die gesamte Forderungsverwaltung, die Festsetzung der Kommunalsteuern sowie die Begleichung aller Rechnungen abgewickelt. Verarbeitet werden dabei personenbezogene Daten mit hoher Schutzstufe (z.B. Besteuerungsdaten, Da-

ten über die persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, Daten zu Lieferantenbeziehungen u.v.m.). Das erfordert in besonderem Maße die Wahrung des operativen Datenschutzes sowie die Bearbeitung der sich daraus ergebenden unter Nr. 1.1 genannten Aufgaben.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe ☐

neue Aufgabe ☒

quantitative
Aufgabenausweitung ☐

Erläuterung:

Auslöser ist der Erlass der Datenschutzgrundverordnung am 27.04.2016 durch die EU als geltendes nationales Recht.

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	0 €
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.1.2 Auszahlungen	0 €
2.1.2.1 Personalauszahlungen	66.700 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	800 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	0 €
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €

2.2 investiv

2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.2 Auszahlungen	2.370 €

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,00		QE3 VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0	0	

4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Erfahrungen hinsichtlich der Bemessung derartiger Aufgaben existieren nicht, da es sich um eine neue Aufgabe handelt. Die Einschätzung des Bedarfs basiert auf einer qualifizierten Schätzung anhand des im Kassen- und Steueramts vorhandenen Volumens an schützenswerten Daten im Sinne der DSGVO. Angesichts einer Anzahl von ca. 2,1 Mio. Debitoren, davon größtenteils natürliche Personen, die potentiell datenschutzrechtliche Anfragen stellen können erscheint die Zuschaltung einer Stelle als das absolut erforderliche Minimum.

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Mangels vorhandener Kapazitäten sieht die Stadtkämmerei keine Alternative zur Zuschaltung zusätzlicher Kapazitäten für die Erledigung der neuen Pflichtaufgabe.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Ohne Zuschaltung zusätzlicher Kapazitäten für die Erledigung der neuen Pflichtaufgabe kann die Stadtkämmerei die unter 1.1. aufgeführten Anforderungen nicht erfüllen.

6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm: 25

6.2 Begründung/Berechnung:

Die Stadtkämmerei hat bereits jetzt aufgrund der zu hohen Raumbelegungsdichte einen durch das Kommunalreferat anerkannten Entzerrungsbedarf.

Räumliche Kapazitäten für neue Stellen sind nicht vorhanden.